

# Es wandern mehr ein als geboren werden

Deutschland hatte im letzten Jahrzehnt mehr Zuwanderer zu verzeichnen als Geburten. Pro Jahr gab es durchschnittlich 800.000 Zuwanderungen und 700.000 Geburten. Damit hat in diesem Zeitraum weltweit kein Land mehr Asylbewerber aufgenommen als Deutschland. Darauf hat Herwig Birg, Professor für Bevölkerungswissenschaft an der Universität Bielefeld, hingewiesen. Er sprach auf einem Kongreß des Gemeindehilfsbundes zur demographischen Entwicklung Deutschlands im Geistlichen Rüstzentrum Krelingen (Walsrode/Lüneburger Heide). Frauen bringen in Deutschland durchschnittlich 1,3 Kinder zur Welt. Zur Bestandserhaltung sind 2,1 Kinder nötig. Nach Ansicht Birgs unterliegt Deutschland einer „Stabilitätsillusion“: Selbst hohe Produktivitätszuwächse könnten das Schrumpfen der Steuereinnahmen nicht ausgleichen, weil immer mehr Rentnern weniger Erwerbstätigen gegenüberstünden. Demographisch bedingt falle das Wirtschaftswachstum bereits jetzt jedes Jahr 1 bis 1,5% geringer aus. Die heutigen Rentenbeiträge müßten sofort mindestens verdoppelt werden, um die Renten langfristig zu sichern.

## Gemeindehilfsbund kritisiert „Kinderschlachthaus“

Wolfgang Philipp (Mannheim), Rechtsanwalt und Mitglied der Juristenvereinigung Lebensrecht, sagte, Deutschland sei zu einem „Kinderschlachthaus“ geworden. Das Recht auf Leben



und Menschenwürde sei für ungeborene Kinder abgeschafft. Der Staat dulde Abtreibung nicht nur, sondern fördere sie sogar mit Steuermitteln.

## 30 Millionen sind in Deutschland von Abtreibungen betroffen

Nach Angaben des Frauenarztes Wolfgang Furch (Bad Nauheim) sind 30 Millionen Bürger in Deutschland – Frauen, Partner, Geschwister, Klinikangestellte – von Abtreibungen betroffen. Die Folge seien Schuldgefühle, Angstzustände und Partnerschaftsprobleme. Laut Furch be-

finden sich die Frauenärzte in einer tiefen Krise. Ihre Tätigkeit sei schizophoren: In dem einen Kreißsaal retteten sie mit allen medizinischen Mitteln das Leben von zu früh geborenen Kindern, anschließend töteten sie in einem anderen Zimmer ein ungeborenes Kind. In einer Resolution forderten 191 Teilnehmer des Kongresses dazu auf, die geltende Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruches nach § 218a StGB zugunsten des Schutzes der Ungeborenen neu zu regeln. Zudem soll das Lebenspartnerschaftsgesetz zurückgenommen werden, das gleichgeschlechtliche Partnerschaften unter staatlichen Schutz stellt. Die Resolution wurde an die Abgeordneten des Bundestags, die Bundesregierung sowie die Kultusminister der Länder gesandt. Der Gemeindehilfsbund will Gemeinden zur „geistlichen Mündigkeit“ verhelfen. Vorsitzender ist Pastor Joachim Cochlovius (Walsrode).